

VORWORT

Im vorliegenden Band werden Nationsbildungsprozesse im Osten Europas unter dem Gesichtspunkt behandelt, wie sich Konstruktionen von nationaler Identität und einer darauf basierenden Innenpolitik mit außenpolitischen Vorstellungen, Konzepten und Praktiken verbinden. Dieser Fokus, der auf einem breiten Osteuropabegriff beruht und Nations- und Staatsbildungen nach dem Zerfall der Imperien als Folge des Ersten Weltkrieges bis weit in die Transformationszeit der Gegenwart hinein zum Thema hat, stellte bisher ein allgemeines Forschungsdesiderat dar.

Eine Gruppe von 31 ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern konnte gewonnen werden, um dieses Projekt zu gestalten. Im Verlauf der Vorbereitungen für den Band führten eine Konferenz und ein Workshop dazu, Problemstellungen und Leitfragen zu entwickeln, die der Kohärenz der Arbeit am Projekt dienen sollten. Zum Vorverständnis der Gruppe gehörte, an den Begriffen der Nation und Nationsbildung festzuhalten. Dabei wird methodisch vorausgesetzt, dass diese Begriffe ebenso wie derjenige der Außenpolitik nicht als essentialistisch gesetzt zu betrachten sind, sondern dass sie prinzipiell diskursiv ausgehandelt werden. Dabei interessieren die Kontexte ebenso wie die sozialen Trägergruppen der Diskurse. Nation wird als ein offenes, nie abgeschlossenes Konstrukt verstanden, das kontinuierlich die internationale Politik – vor allem durch Homogenisierungs- und Abgrenzungsbestrebungen nationalstaatlicher Eliten – prägt.¹

Ebenso konzeptionell offen wird der Begriff der kollektiven bzw. nationalen Identität betrachtet. Während personale Identität an die Handlungsfähigkeit des Einzelnen einschließlich seiner Vorstellungskraft gebunden ist, um kultur- und gesellschaftsgebundene Subjektivität herauszubilden, ist kollektive / nationale Identität stark durch das Bild bestimmt, das eine Gruppe von sich konstruiert und mit dem sich deren Mitglieder identifizieren. Symbolpolitiken ermöglichen den Gruppenmitgliedern

¹ Zur gegenwärtigen Aufwertung der Nation, zur Bedeutung historischer Narrative für nationale Identitätsbildung und Integration vgl. ALEIDA ASSMANN, *Die Wiederfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen*, München 2020.

Verständigung über sich selbst, ihre eigenen Merkmale und Besonderheiten. Allerdings beschränken sich kulturelle Codierungen kollektiver bzw. nationaler Identität nicht nur auf Selbstbeschreibungen von Gemeinschaft, sondern führen zu praktischem, interessengeleitetem Handeln, das sich im Spannungsfeld von Inklusionen und Exklusionen bewegt.²

Für die empirische Analyse erscheint es wissenschaftlich relevant, die Phasen der staatlichen Neuordnung, die Europa im 20. Jahrhundert in drei Zeitabschnitten – der Zwischenkriegszeit, der Zeit der Ost-West-Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg und der postsozialistischen Ära – durchlebt hat, systematisch und mit vergleichendem Blick zu betrachten. Dabei ist zu fragen, wie sich die Prozesse kollektiver bzw. nationaler Identitätsfindung in neu bzw. wieder gegründeten osteuropäischen Staaten, die in der Regel multiethnisch besiedelt waren oder es noch sind, gestaltet haben, welche Rolle das imperiale Erbe spielte und wie das territoriale Ordnungsdenken sowie die Außen- und Sicherheitspolitik dadurch geprägt wurden. Waren diese Prozesse nach Ländern, Räumen und Zeiten vergleichbar?

Neben dem Desiderat der historischen Erforschung ergibt sich das allgemeine Interesse an der Thematik auch durch ihre aktuelle Dimension: Die Entwicklung der internationalen Politik in Europa hat gezeigt, dass einige der osteuropäischen EU-Mitglieder im Begriff sind, ihre außenpolitischen Orientierungen zu verändern. So lässt sich seit einiger Zeit beobachten, wie die anfängliche nationale Begeisterung nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Ordnungen, sich vom „Osten“ (bzw. der Sowjetunion) abzuwenden und wieder zum „Westen“, zu „Europa“ und seinen Bündnissystemen gehören zu wollen, graduell erodiert und einem Euroskeptizismus Platz macht. Nationale Souveränität wird auf unterschiedliche Weise formuliert: als befreiende Herauslösung aus ehemals hegemonialen Strukturen, als Konstituierung von maximaler staatlicher Unabhängigkeit oder als Konzeption relativer Souveränität, um in internationalen föderativen Zusammenhängen gesicherte Bedingungen für innere Modernisierung und äußere Stabilität zu erlangen. Solche Gewichtungen werden sowohl von parteipolitischen Konstellationen im Inneren als auch von bündnispolitischen Anreizen in der internationalen Politik beeinflusst.

² BIANKA PIETROW-ENNKER, Voraussetzungen und Formen des Perspektivwechsels, in: *Kultur in der Geschichte Russlands. Räume, Medien, Identitäten, Lebenswelten*, hg. v. DERS., Göttingen 2007, S. 11–42, hier S. 18 f. mit weiterführender Literatur.

Nimmt man kulturwissenschaftliche Ansätze in die historische und politikwissenschaftliche Forschung auf, so liegt es methodisch nahe, die zeitgenössischen Diskurse zu betrachten, in denen kollektive Identitätsbildungen über so bedeutende Konstruktionen wie etwa Volk, Nation, Staat und Raum erfolgten. Es fragt sich, wie prägend dabei u. a. das Argument der Geschichte war, d. h. mit welchen traditionsorientierten Geschichtsbildern solcherart Konstrukte ausgefüllt wurden, um politischen Vorstellungen maximale Glaubwürdigkeit und Wirkung zu verleihen. Auch ist von Bedeutung, wie sich dadurch die Selbst- und Fremdwahrnehmung einer Nation gestaltete, welche sozialen Großgruppen mit welchen Begründungen Inklusion und welche Exklusion erfuhren. Zudem stellt sich die Frage, wie sich das Verhältnis von Staatsnation und Minderheiten im Zuge der Ethnisierung des *nation-building* entwickelte und wie sich die Minderheitenfrage seit dem Ende des Ersten Weltkriegs auf die Außenbeziehungen auswirkte, insbesondere auch dann, wenn Teile der staatstragenden Ethnie außerhalb der Grenzen siedelten.

Der Bedarf der untersuchten Nationen und Staaten Osteuropas an innerer und äußerer Konsolidierung kann in jedem der drei gewählten Zeitfenster als grundlegend bezeichnet werden. Er wurde gesellschaftlich umfassend verhandelt, wobei unterschiedliche Konzepte der Nation miteinander konkurrierten: das der ethnischen mit dem der politischen Nation. Entsprechend unterschiedlich gestalteten sich die politischen Formen des Nationalismus. Einem liberal-integrativen stand der autoritär-exklusive, integrale Typus des Nationalismus gegenüber. In der Forschung wird zudem ein dritter Typus, der der imperialen Nation, unterschieden, der weder staatsbürgerlich noch ethnisch definiert ist.³

Die Konstruktionen nationaler Identität variieren entsprechend. Gemeinsam ist im Prozess des *nation-building* der Bezug auf Traditionen unter besonderer Berücksichtigung von Sprache und Religion, allerdings je nach politischer Richtung des Nationalismus mit unterschiedlichen Gewichtungen und Konsequenzen für die soziale Integration innerhalb eines Staatswesens. Die Arbeit am Gedächtnis findet ihren Ausdruck in einer intensiven, aber gleichzeitig heterogenen, politisch umkämpften Produktion von Geschichtsmythen, sodass sich das *nation-building* auch auf symbolischer Ebene als ein höchst umstrittener Prozess darstellt. Dabei wird das nationale „Eigene“ stets in starker Kontrastierung zu einem Anderen, dem Fremden umrissen, wodurch das Profil des „Eigene“ seine Schärfung erfährt.

³ Vgl. dazu Andreas Kappeler in diesem Band.

Im Kontext der Untersuchung von Nationsbildung muss es auch um die Konstruktion von Außenpolitik gehen, denn die jeweilige Staatsnation hat sich international zu verorten, abzusichern und zugleich als Akteur zu positionieren, der auf internationaler Arena Erfolg im Sinne von Integration in das internationale System und von Machterhalt bzw. -erweiterung zu erzielen trachtet. Besonders in Umbruchphasen, die zu neuen Grenzziehungen, Abgrenzungen und internationalen Verbindungen von Staaten führen, ist der Nationsbildungsprozess mit dem Diskurs über außenpolitische Konzeptualisierung auf das Engste verknüpft. Und auch in diesem Fall ist es höchst aufschlussreich, auf die Elemente und Facetten dieses Diskurses zu schauen. Zu differenzieren ist zudem nach Konstanten und Variablen, die die außenpolitischen Positionierungen der osteuropäischen Staaten über die drei hier gewählten Zeitfenster hinweg kennzeichnen – bei unterschiedlichen machtpolitischen Konstellationen des internationalen Systems: seien es in der Zwischenkriegszeit die Versailler Ordnung, der Völkerbund oder das Sowjetreich, nach 1945 die sowjetische Hegemonie in Osteuropa im Kontext des Ost-West-Konfliktes oder seit 1989 in der Transformationsperiode die Ausstrahlung von internationalen Zusammenschlüssen wie der NATO, der Europäischen Union oder der GUS und ihrer Varianten auf die neue Phase der Nations- und Staatsbildungen.

Wie unsere Diskussionen ergaben, scheint die Untersuchung von national bestimmten Positionen, die außenpolitisches Verhalten konfigurieren, methodisch vielfach einen konstruktivistischen Ansatz nahezulegen. Dadurch können die Erkenntnisse, die klassische Theorien der internationalen Beziehungen hervorbringen – etwa aus dem Bereich der Schule des Realismus – um kulturwissenschaftliche Aspekte erweitert werden. Jene gehen u. a. davon aus, dass Staaten als „rationale Akteure“ „nationale Interessen“ aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen – seien es ökonomische, politische, militärische oder kulturelle – in Konkurrenz zu anderen Staaten durchzusetzen versuchen. Außenpolitische Positionierung erscheint nach diesen Ansätzen als Resultat geopolitisch ausgerichteter Machtkämpfe. Über solcherart Forschungskonzeptionen hinaus soll uns die soziale Strukturierung von Außenpolitik interessieren. Damit rückt in den Vordergrund des Erkenntnisinteresses, auf welche Weise sich konkrete Akteure diskursiv auf die genannten Ressourcen beziehen, wie sie materielle Gegebenheiten deuten und wie diese Deutungen zu verbindlichen außenpolitischen Konzepten geformt werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen nach Werten, Normen, Kulturen, Identitäten und anderen ideellen Konstrukten, die dem außen-

politischen Handeln der Akteure das Vorverständnis, seine Begründungen und Richtungen geben. Daraus folgt für uns die leitende Forschungsfrage: Inwieweit bestimmen oder befördern nationale Identitätskonstruktionen im Kontext des *nation-building* Außenpolitik, ja sind sie die Voraussetzung für Außenpolitik? Diese Frage stellt sich entgegen wissenschaftlicher Ansätze, die von der Logik bzw. den Zwängen des internationalen Systems ausgehen und wenig nationalen Handlungsspielraum zugestehen, der vorwiegend als nationalstaatlicher verstanden wird.⁴

In beiden Fällen, je nach Erkenntnisinteresse, geht es um Integration. Doch diese wäre zu bestimmen: Ist sie in erster Linie nach innen gerichtet, von inneren Deutungshorizonten geprägt, zum Zweck der Stabilisierung der Nation – so fragt es sich, welche Folgen sich daraus für das außenpolitische Handeln ergeben. Wird außenpolitische Desintegration zugunsten der Kohärenz der Nation in Kauf genommen? Sind internationale Konflikte im Osten Europas bereits durch spezifische Prozesse der Nationsbildung im frühen 20. Jahrhundert sowie die damit verbundenen kollektiven Identitätskonstruktionen, ideellen Vereinnahmungen von Minderheiten und Territorien sowie Abgrenzungen und Feindbildern dauerhaft angelegt? Falls ja, wäre nach den sozialen und politischen Voraussetzungen zu fragen. Und lassen sich diesbezüglich Systematisierungen finden – etwa durch das Beispiel von Verlierer- bzw. Gewinnerstaaten nach den Weltkriegen und ihren jeweiligen nationalen Opfer- und Heldennarrativen, aus denen Ansprüche an die internationale Politik abgeleitet werden?

Reiz und Herausforderung des Projektes bestehen darin, dass exemplarisch ausgewählte Staaten im Osten Europas über einen ausgedehnten Zeitraum untersucht werden. Durch dieses Vorgehen soll sowohl innerhalb der gewählten Zeitfenster zu komparativen Überlegungen angeregt werden als auch im Vergleich der Zeitfenster miteinander. Als Prinzip wird eine bestimmte Auswahl von Staaten durchgängig analysiert, in Exkursen werden weitere Länderbeispiele zugeordnet, die die Gesichtspunkte der Varianz verstärken und den Vergleich bereichern sollen. Das Programm und die Länderauswahl spiegeln grundsätzlich die Problematik des östlichen Europas im 20./21. Jahrhundert wider, die das politische System Russlands bzw. der Sowjetunion als föderatives mit verfassungsmäßig integrierten nationalen Konzepten hervorbrachte, dabei aber seine hegemoniale bzw. imperiale Politik auf Dauer nicht in Frage stellte.

⁴ Grundlegend FRANK SCHIMMELFENNIG, Internationale Politik, Paderborn ⁵2017, besonders S. 66–88 und S. 160–188 mit einem Überblick über den Forschungsstand.

Auf der Gegenseite emanzipierten sich vielfach Nationalbewegungen zu Staatsnationen und waren herausgefordert, ihre Souveränität über außenpolitische Strategien zu sichern. Aber auch in diesem Fall verbanden sich z. T. nationale mit hegemonialen Interessen, die zeitgenössisch mit der Geschichte und Tradition des jeweiligen *nation-building* begründet wurden. Zudem stehen die Staaten im Osten Europas in jedem der drei Zeitfenster in einem starken Spannungsverhältnis von innerer und äußerer Integration, das spezifische Lösungen mit außenpolitischen Konsequenzen hervorbringt. Der Blick auf diese Entwicklungen in den Zeitfenstern und über sie hinweg kann zeigen, wo Kontinuitäten wirken, wo Brüche zu verzeichnen sind, was sie hervorruft und inwieweit Problemlösungen systematisiert werden können.

Der Aufbau des Bandes ist darauf angelegt, in einem Einführungsteil eine weite, über Osteuropa hinausgehende Perspektive auf die historische Forschung zur Nationsbildung im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert zu eröffnen und dabei die Problematik der außenpolitischen Positionierung einzubeziehen. In den drei folgenden Kapiteln, die den gewählten Zeiträumen entsprechen, stellen die Autorinnen und Autoren ihre aktuellen Forschungen vor. Die Auswahl der behandelten Staaten folgt keinem enzyklopädischen Prinzip, vielmehr wird mit ihr bezweckt, durch Vielfalt Typisierungen zu ermöglichen und zugleich Sonderentwicklungen zu beleuchten. Begrenzungen der Auswahl bedeuten keineswegs Auf- oder Abwertungen von Nationalbewegungen, Nationen oder Staaten. Sie sind vielmehr das Ergebnis von Arbeitszusammenhängen, aus denen sich das Autorenteam und dessen Schwerpunktsetzungen ergeben haben.

Die Spannweite reicht thematisch von multiethnischen Großstaaten wie der Sowjetunion und Jugoslawien über Staaten wie Polen und Rumänien, die sich nach dem Ersten Weltkrieg geopolitisch profilieren oder wie die Tschechoslowakei zu einem Verbund zweier Nationen finden konnten. Mit Litauen, Ungarn und der Ukraine fällt der Blick auf Verliererstaaten, deren Vorstellungen von Nationsbildung durch die Friedensschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg konterkariert wurden. Für die Zeit der sowjetischen Hegemonialrolle in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg stellt sich die Frage, wie stark das *nation-building* in den exemplarisch behandelten Staaten in der Vergangenheit vorangeschritten war und welche Auswirkungen dies auf Konzepte und Formen der Sowjetisierung hatte. Dabei lassen sich Varianten von nationalem „Eigensinn“ zu unterschiedlichen Zeiten aufzeigen, die in Zusammenhang mit den Phasen politischer Herrschaft in der Sowjetunion, aber auch mit der Entwicklung des Ost-West-Konfliktes zu sehen sind.

Für die Transformationszeit stellt sich insbesondere die Frage, auf welche Traditionen sich die Nationen und Staaten beriefen, die zu einer neuen politischen Ordnung fanden. Sind es diejenigen aus der Gründerzeit nach dem Ersten Weltkrieg? Wurden sie durch sozialistische überbeschrieben oder bildeten sich spezifische Amalgame heraus? Welche Formen der außenpolitischen Orientierung ergeben sich aus den neuen nationalen Identitätskonstruktionen und wie lassen sich für diese Staaten Vorstellungen von äußerer Stabilität und Integration verwirklichen, ohne den Anspruch auf Souveränität zu schmälern, die der „Augapfel“ aller nationalen Bestrebungen ist?

Wieder soll betont werden, dass der Band keine umfassenden Antworten anbieten kann, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Das Autorenteam war sich darin einig, ein neues Forschungsfeld zu betreten, indem Nationsbildungsprozesse, Konstruktionen von nationaler Identität und außenpolitische Positionierungen zusammengedacht werden. Im Ergebnis haben die Autorinnen und Autoren die gewählten Themen aus dem Kontext ihrer eigenen Forschung heraus entwickelt. Das heißt zugleich, dass jede Person ihren eigenen Akzent setzte, sei es thematisch oder methodisch. Allen war es nicht möglich, die vorgegebene Themenbreite wissenschaftlich auszuschöpfen, schon weil der Forschungsstand es vielfach nicht zuließ. So bietet der Band zugleich auch Einblicke in unterschiedliche Forschungskonzepte und -traditionen, die durchaus auch Prozesse von *nation-building* abbilden.

Vorgestellt werden kann der Leserschaft auf jeden Fall ein anregender Methodenpluralismus, häufig durch kulturwissenschaftlich ausgerichtete Fragestellungen geleitet, etwa nach Diskursen, die Entscheidungsfindungsprozesse regeln, nach der Rolle von Symbolpolitiken und Medien innerhalb der nationalen und außenpolitischen Strategien, nach der Wirkmächtigkeit konstruierter Feindbilder für die außenpolitische Orientierung, nach der Funktion der Erinnerungskultur bei der Konstruktion von Raum und Grenzen u. a. m. Dabei spiegeln sich in den Beiträgen auch durchaus unterschiedliche nationale Wissenskulturen wider, die bis zum differierenden Gebrauch des Begriffes „Osteuropa“ reichen. In solchen Fällen, gerade auch bei der geografischen Kartierung, fanden keine redaktionellen Angleichungen statt, um den Sichtweisen der Autorinnen und Autoren, die ebenfalls auf Konstruktionen von nationaler Identität hinweisen, ihren Raum zu lassen.

Da der vorliegende Band mit seiner Thematik einen Weg weisen möchte, wäre es wünschenswert, durch ihn künftig weitere Forschungen anzustoßen, um die Beispiele von Nationen und Staaten zu mehren und

auch einen weiträumigeren Vergleich, über Osteuropa hinaus, zu ermöglichen.

* * *

Abschließend möchte ich den Mitautoren und Mitautorinnen meinen großen Dank für die Bereitschaft zur länderübergreifenden Teamarbeit an einem Projekt aussprechen, das herausforderte. Besonderer Dank sei an das Deutsche Historische Institut Warschau und seinen Direktor, Prof. Dr. Miloš Řezník, für dessen großzügige Unterstützung sowie für die Aufnahme des Bandes in die Institutsreihe gerichtet, zugleich auch an den fibre Verlag. Zudem sei all denjenigen Personen an der Universität Konstanz und am DHIW gedankt, die an der organisatorischen und technischen Betreuung des Projektes sowie am Lektorat beteiligt gewesen sind, hier besonders Jos Stübner, Josephine Schwark und Annika Wienert.

Das Projekt der Herausgeberin steht in engem Zusammenhang mit ihrer wissenschaftlichen Förderung durch die VolkswagenStiftung im Rahmen des Opus magnum-Programms, für die ich ebenfalls sehr danke.

Konstanz, im Mai 2021

Bianka Pietrow-Ennker